

Interfraktionelles Postulat GB/JAI, SP/JUSO, GFL/EVP (Natalie Imboden, GB/Anne Wegmüller, JAI/Patrizia Mordini/Claudia Kuster, SP/Rania Bahnan, GFL): Perspektiven für junge Migrantinnen bei der Berufsvorbereitung (Projekt AMIE)

Das berufsvorbereitende Schuljahr für Migrantinnen AMIE steht offenbar nach sieben erfolgreichen Jahren vor dem Aus und wird zum letzten Mal durchgeführt.¹ Das berufsvorbereitende Schuljahr (BVS) mit Schwerpunkt Integration (BSI), welches bisher organisatorisch der Lehrwerkstätte Bern angegliedert war, soll nicht mehr eigenständig als Frauenklasse weitergeführt werden. Die Schülerinnen sollen ab Herbst 06 in die allgemeinen berufsvorbereitenden Schulklassen (Berufs- Fach- und Fortbildungsschule, BFF) integriert werden.

Dieser Entscheid der zuständigen kantonalen Stellen ist mehr als nur bedauerlich. Er ist angesichts der aktuellen Lehrstellenkrise unverständlich. Die Schwierigkeiten junger Migrantinnen eine Lehrstelle zu finden zeigen, dass im Bereich Berufsbildung und -vorbereitung grosser Handlungsbedarf besteht. Es ist bekannt, dass der Bedarf an gezielten Bildungsangeboten speziell für Frauen mit Migrationshintergrund besteht – diese Projekte sind sinnvoll und notwendig. Gerade im Bereich der naturwissenschaftlichen und technischen Berufe, wo Frauen noch immer stark untervertreten sind, leisten Projekte wie AMIE zentrale Vorbereitungs- und Integrationsarbeit. AMIE entspricht einem Bedürfnis, was die grosse Nachfrage nach diesem Angebot beweist. Seit seinem Start im Jahr 1999 haben 128 Frauen das Projekt AMIE besucht. Im letzten Jahr haben sich 40 junge Frauen für den Schnuppertag angemeldet.

Wir erachten so genannte „Frauenklassen“ u.a. auch aus pädagogischen Überlegungen weiterhin nicht nur als sinnvoll, sondern für vermehrt ausbaufähig. Auch der Fokus auf technische, so genannt „frauenuntypische“ Berufe hat angesichts des Potentials dieser Bereiche durchaus Berechtigung. Die Postulantinnen haben aber Verständnis dafür, dass sich ein Pilotprojekt laufend neuen Gegebenheiten anpassen muss und Veränderungen bezüglich Lerninhalte oder auch bezüglich Strukturen möglich sein müssen.

Von Kantonsseite ist keine nachvollziehbare Begründung zu erkennen, warum er das Projekt AMIE zum jetzigen Zeitpunkt abbrechen will. Damit geht das Fach- und Erfahrungswissen aus sieben Projektjahren verloren, ohne dass das Know-how mit einer professionellen Evaluation nutzbar und transferierbar gemacht worden wäre. Andererseits verliert der Kanton Bern ein zielgerichtetes Schuljahr, welches einer gesellschaftlichen und (berufs-)bildungspolitischen Nachfrage entspricht. Zudem können die bisher im Projekt investierten privaten (Gewerkschaften) und öffentlichen Leistungen (u.a. Finanzhilfen nach Gleichstellungsgesetz/Lehrstellenbeschluss) keine Nachhaltigkeit erreichen. Zudem besteht die Möglichkeit für weitere Bundesfinanzierungen.²

Besonders für die Stadt Bern ist dieser Kantonsentscheid unverständlich. Gemäss dem gemeinderätlichen Bericht (November 2005) „Bekämpfung der (Jugend-)Arbeitslosigkeit. Strategie-

¹ Berichterstattung in den Medien (Bund, 1.12.2005: „Schluss für Amie?“) und die öff. Podiumsveranstaltung: „Führt die Berufswahl junge Frauen in die Sackgasse?“ vom 22.11.2005.

² Innovationsartikel eidg. Berufsbildungsgesetzes (Art. 54, 55 BGG), welches die Schaffung von neuen tragfähigen Strukturen und besondere Leistungen im öffentlichen Interesse finanziell unterstützt, namentlich: a. Förderung der tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau und f. Massnahmen zur Integration Jugendlicher mit schulischen, sozialen oder sprachlichen Schwierigkeiten in die Berufsbildung.

gien und Massnahmen 2005-2009“ wird sichtbar, dass junge Migrantinnen stark und bei den 15-19 Jährigen proportional am stärksten von Erwerbslosigkeit betroffen sind (Seite 33):

Anteile der registrierten Erwerbslosen in der Stadt Bern Mai 2005

	Anteil an Stadtbevölkerung	Anteil an Erwerbslosen	Anteil an Stadtbevölkerung	Anteil an Erwerbslosen
	15-18 Jahre		20-24 Jahre	
Ausländerinnen	11%	22%	11%	20%
Schweizerinnen	35%	25%	45%	30%
Ausländer	15%	24%	10%	22%
Schweizer	40%	29%	33%	29%

Wir bitten daher den Gemeinderat,

1. zu prüfen, wie er bei den zuständigen Stellen (Kanton, BFF) intervenieren kann, damit die Aufbauarbeit und das Potential von AMIE erhalten und auch künftig ein spezielles berufsvorbereitendes Angebot für Migrantinnen nachhaltig gesichert wird.
2. darzulegen, mit welchen Massnahmen (in Stadtkompetenz) er junge Migrantinnen beim Einstieg in die Berufsausbildung/in den Arbeitsmarkt unterstützt.

Bern, 19. Januar 2006

Interfraktionelles Postulat GB/JAI, SP/JUSO, GFL/EVP (Natalie Imboden, GB/Anne Wegmüller, JAI/Patrizia Mordini, SP/Claudia Kuster, SP/Rania Bahnan, GFL), Urs Frieden, Catherine Weber, Karin Gasser, Stefanie Arnold, Simon Röthlisberger, Myriam Duc, Franziska Schnyder, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Flückiger, Ruedi Keller, Christof Berger, Thomas Göttin, Beat Zobrist, Annette Lehmann, Liselotte Lüscher, Rolf Schuler, Raymond Anliker, Stefan Jordi, Miriam Schwarz, Andreas Krummen, Giovanna Battagliero, Ursula Marti, Gisela Vollmer, Sarah Kämpf, Gabriela Bader Rohner, Ueli Stüchelberger, Verena Furrer-Lehmann, Anna Coninx, Nadia Omar, Conradin Conzetti, Anna Magdalena Linder

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat ist sich der Problematik bewusst, dass es leistungsschwache ausländische Jugendliche und junge Erwachsene besonders schwer haben beim Über- bzw. Eintritt in die Berufsbildung. Diese Sicht wird von einer im Jahre 2005 zum Thema Jugendarbeitslosigkeit erstellten Studie des Büros BASS bestätigt. Der Gemeinderat setzt sich deshalb für eine Verbesserung der Berufswahlvorbereitung für Migrantinnen und Migranten ein. In diesem Sinne hat – bezogen auf das Projekt AMIE – die Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) bei der kantonalen Erziehungsdirektion (Mittelschul- und Berufsbildungsamt, MBA) mit Schreiben vom 21. Dezember 2005 interveniert. In der Folge fand ein erstes Gespräch zwischen einer Vertretung des MBA und der Direktion BSS statt, das einerseits der Übersicht über die bestehenden Brückenangebote und andererseits der Diskussion eines allfälligen Handlungsbedarfs diente. Kontakte wurden ebenfalls mit den Leiterinnen des Projekts AMIE aufgenommen. Nach Prüfung der verschiedenen Möglichkeiten zur Berücksichtigung der migrationspezifischen Erfahrungen aus dem Projekt AMIE in bestehenden oder neuen Angeboten wird der Gemeinderat Bericht erstatten.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 8. März 2006

Der Gemeinderat